

welchem Vorwand und in welcher Form. Die N. ergibt sich aus den Prinzipien der Souveränität und Gleichberechtigung der Staaten. Das Prinzip der N. ist in vielen völkerrechtlichen Dokumenten, insbesondere in der UNO-Charta (vor allem Art. 2, Abs. 7) festgelegt. Es fand z. B. in *Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken* vom 12.6.1964 (Art. 1) und in den wiederholten Vorschlägen der SED, des Staatsrates und der Regierung der DDR zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten seinen Niederschlag. Von den imperialistischen Staaten wird das Prinzip der N. häufig verletzt, was in den letzten Jahren seinen krassesten Ausdruck in der Aggression der USA gegen das vietnamesische Volk, dem Überfall Israels auf die arabischen Staaten (1967) und der Alleinvertretungsanmaßung der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik fand. Unter demagogischer Verfälschung der N. versuchen imperialistische Staaten häufig, reaktionäre Regimes bzw. Staaten durch eine Befriedungs- und Beschwichtigungspolitik (Appeasement) zu begünstigen. Ein bekanntes Beispiel dafür ist die „Nichteinmischungspolitik“ der Westmächte gegenüber dem nationalrevolutionären Krieg des spanischen Volkes (1936-39), während die francofaschistischen Putschisten von den deutschen und italienischen Intervenenten unterstützt wurden.

Nichtproduktionssphäre -> *Produktionssphäre*

Nordatlantikpakt (North Atlantic Treaty Organization; Abk. NATO):

imperialistischer Militärpakt, der sich gegen die sozialistischen Staaten, gegen die Nationalstaaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, gegen die nationale Befreiungsbewegung sowie gegen die demokratische Bewegung in den Mitgliedsländern des Paktes selbst richtet. Der N. wurde am 4. 4.1949 in Washington zwischen Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Portugal und den USA auf zunächst 20 Jahre abgeschlossen. 1952 traten ihm Griechenland und die Türkei, 1955 die westdeutsche Bundesrepublik bei. Durch die wachsende Stärke der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus gegenüber den Kräften des Imperialismus und der Aggression scheiterte die von der NATO repräsentierte „Politik der Stärke“ gegenüber den sozialistischen Ländern. In den letzten Jahren wurde die westdeutsche Bundesrepublik zur stärksten Militärmacht der NATO in Europa. Die herrschenden Kreise Westdeutschlands sind bestrebt, die NATO zur Verwirklichung ihrer expansionistischen Ziele einzusetzen und mit Hilfe des Paktes Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu erlangen. Die Bundesrepublik besetzt einflußreiche Positionen der NATO. Die Politik der Bundesrepublik trägt in erheblichem Maße zur Verschärfung der Widersprüche zwischen den einzelnen NATO-Partnern bei. So bestehen scharfe Gegensätze zwischen Frankreich auf der einen und den USA auf der anderen Seite in politischen, militärischen und organisatorischen Problemen, zwischen Großbritannien, Frankreich und der westdeutschen Bundesrepublik, zwischen den Hauptmächten der NATO und den schwächeren Partnern